

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 13/2024 vom 28.03.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Putin weckt einen europäischen Riesen. Wettrüsten gegen die Zeit*
- *Sikorski räumt den diplomatischen Augias-Stall aus. Wird sich der Präsident mit der Auswechslung von Botschaftern abfinden?*
- *Senat fordert einstimmig die Freilassung von Andrzej Poczobut*
- *Tusk will die Verordnung zur Renaturierung blockieren. Für ökologisch empfindsame Menschen wird das einen bitteren Beigeschmack haben*
- *Michalik: Warum stimmen wir im Sejm nicht über die sexuelle Freiheit der Männer ab? Die Antwort ist einfach*
- *Gut geborene und schlecht geborene Polen. Präsident Andrzej Duda unterstützt diese Segregation*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Putin weckt einen europäischen Riesen. Wettrüsten gegen die Zeit



Quelle: wyborcza.pl

Von **Janusz Lewandowski**, Europaabgeordneter der Bürgerplattform

Mögen Putins Aggression und seine Drohungen gegen den Westen die gleiche Wirkung haben wie der japanische Angriff auf Pearl Harbor im Jahr 1941, dessen Urheber, Admiral Yamamoto, seine vom Erfolg berauschten Landsleute warnte: „Wir haben einen Riesen geweckt ...“ Dies waren prophetische Worte. Mögen dies die Folgen von Putins verbrecherischem Krieg sein, der den Selbsterhaltungstrieb der europäischen Demokratien geweckt hat und sie erkennen ließ, dass sie ihr enormes wirtschaftliches Potenzial dringend in eine militärische Fähigkeit zur Abschreckung potenzieller Aggressoren umwandeln müssen.

Der Krieg ist auf unseren Kontinent zurückgekehrt und verändert die Europäische Union. Die europäische Integration erhält eine militärische Dimension, die bei ihrer Gründung aufgegeben wurde. Der Befürworter der Militarisierung der Union ist paradoxerweise Frankreich, das die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft Anfang der 1950er Jahre verhindert hat. Dies ist umso paradoxer, als der Vertrag zur Schaffung einer europäischen Armee am 27. Mai 1952 in Paris auf Vorschlag des französischen Premierministers Pleven geschlossen wurde. Die französische Nationalversammlung weigerte sich jedoch 1954, den Vertrag zu ratifizieren, und das Verteidigungsprojekt verschwand. Jahrzehntlang entwickelte sich die Europäische Gemeinschaft unter dem Schuttschirm der US-Sicherheitsgarantien zu einem Friedensprojekt. Als solches stand sie dem Völkermord im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren beschämend hilflos gegenüber - der erst durch die Intervention der USA beendet werden konnte.

„Soft Power“ hat die Prüfung nicht bestanden

Das 21. Jahrhundert sollte eigentlich das Ende der Geschichte sein, aber es ist voll von Kriegen und Regimen, die die Nachkriegsweltordnung infrage stellen. Obwohl die Verteidigung im Vertrag von Lissabon verankert ist, der 2009 in Kraft getreten ist, gab es nur zaghafte Konkretisierungen als Reaktion auf Putins offenkundig imperiale Aktionen, die die Grenzen Georgiens und der Ukraine gewaltsam veränderten.

Dies hat die Hilflosigkeit der „weichen“ Institutionen offenbart, die den Frieden und die Unverletzlichkeit der Grenzen schützen sollten - die OSZE auf kontinentaler Ebene und die UNO auf globaler Ebene. Die Doktrin der „Soft Power“, d. h. die Zähmung aggressiver Regime durch Handelsbeziehungen (Wandel durch Handel), kulturellen Dialog und Jugendaustausch, ist gescheitert.

Das Vertrauen in die Sicherheitsgarantien der USA ist während Trumps Präsidentschaft untergraben worden. Bereits unter Obama wuchs die Sorge, dass sich das Gewicht der strategischen Interessen der USA auf den Pazifikraum und die Konfrontation mit China verlagert. Dies schien auch von Biden mit dem Abschluss der strategischen Allianz mit dem Vereinigten Königreich und Australien (AUKUS) am 15. September 2021 bestätigt worden zu sein.

Trotzdem war der gemeinschaftliche Besitzstand bescheiden und bestand aus der ständigen Verteidigungszusammenarbeit (PESCO), den jährlichen Verteidigungsüberprüfungen (CARD), dem Zentrum für militärische Operationsplanung (MPCC) und den Anfängen der Haushaltsunterstützung für die entstehende Sicherheitsarchitektur: Der Europäische Verteidigungsfonds (7,9 Milliarden Euro für 2021-27) und die außerbudgetäre Europäische Friedensfazilität. Trotz der wachsenden Bedrohungen setzte sich der traditionelle Wunsch durch, die Friedensdividende auf Kosten der US-Steuerzahler zu nutzen, d. h. Einsparungen bei den Rüstungsausgaben im Inland zu erzielen. Im Jahr der Annexion der Krim (2014) erfüllten nur das Vereinigte Königreich und Griechenland die Verpflichtung des Gipfels von Newport - Ausgaben in Höhe von 2 % des BIP. Besonders eklatant war dies im Falle des reichen Deutschlands.

Der letzte Schock, der den Selbsterhaltungstrieb der europäischen Demokratie geweckt hat, war Putins verbrecherische Aggression gegen die Ukraine am 24. Februar 2022. Auch die Aussicht auf Trumps erneute Präsidentschaft im November 2024 ist angesichts seiner offenen Infragestellung des Sinns der NATO und anderer bedrohlicher Ankündigungen ernüchternd. Die Blockade von 60 Milliarden Dollar an Hilfgeldern für die Ukraine, durch die Republikaner zeigt, dass Trump bereit ist, die Ukraine und die europäische Sicherheit für seine Wahlinteressen zu opfern. Paradoxerweise sind Putin und Trump gemeinsam zu Geburtshelfern der militärischen Dimension der Integration geworden, die dem bisherigen pazifistischen Charakter der Europäischen Gemeinschaft widerspricht. Die Frage nach der militärischen Autarkie Europas, d. h. der Fähigkeit zur Abschreckung, auch ohne die USA, wird aktuell.

Brüssel überwindet pazifistisches Tabu

Das vereinigte Europa ist ein Regulierungsriese und die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die dringende Aufgabe besteht darin, dieses wirtschaftliche Potenzial in eine Verteidigungsfähigkeit zu verwandeln. Die Präsentation der Europäischen Kommission vom 5. März 2024 ist ein bahnbrechender Versuch, auf diese Herausforderung zu reagieren. Es wurden die Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie (EDIS) und das Europäische Programm für die Verteidigungsindustrie (EDIP) vorgestellt.

Manche sehen darin die Überwindung eines pazifistischen Tabus und den ersten Akt dieser Art in der Geschichte der Gemeinschaft. Um es klar zu sagen: der erste seit dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft von 1951, der jedoch nicht in Kraft getreten ist. Andere machen keinen Hehl aus ihrer Enttäuschung darüber, dass kein Wort über eine gemeinsame Armee und Euro-Rüstungsanleihen verloren wurde. Ehrgeizigere Pläne hatten ihre Anhänger unter den Kommissaren. Thierry Breton sprach sich für einen neuen 100-Milliarden-Euro-Fonds aus, und Paolo Gentiloni plädierte, unterstützt durch einen gemeinsamen Antrag Polens, Frankreichs und Estlands, für eine neue Gemeinschaftsverschuldung für die Verteidigung. Dies hätte angesichts der makellosen Glaubwürdigkeit des europäischen Haushalts (AAA) eine Chance auf den Finanzmärkten gehabt. Doch die Sorge um die Bedienung der NextGenerationEU-

Schulden (750 Mrd. €), die heute hohe Zinssätze bedeuten und ab 2027 die Rückzahlung von Kapitalraten erfordern, überwog.

Anreize für Waffenkäufe in der EU

Die angekündigten Pakete haben eine eindeutige industrielle und gemeinschaftliche Ausrichtung. Sie sind eine Antwort auf die US Foreign Military Sales, die direkte Waffenkäufe erleichterten und die europäischen Käufe sofort erhöhten. Etwa 80 % der EU-Waffenbeschaffungen wurden außerhalb der EU getätigt, davon 60 % in den USA. Daher die finanziellen Anreize für gemeinsame Waffenkäufe und die Ansiedlung eines Drittels dieser Käufe auf dem europäischen Markt.

Gute Absichten gehen nicht Hand in Hand mit einem bedeutenden Budget - nur 1,5 Milliarden Euro bis 2027. Es ist nicht schwer zu erkennen, dass die polnischen Käufe in den USA, die das Ergebnis des Besuchs von Tusk und Duda bei Biden sind, nicht mit dem neuen europäischen Programm der Verteidigungsautonomie übereinstimmen. Betrachtet man jedoch die jüngste Entscheidung, 500 Millionen Euro an europäische Konzerne für eine verstärkte Munitionsproduktion zu verteilen, mit einem minimalen polnischen Anteil (0,4 Prozent), wird der Schub von jenseits des Atlantiks verständlich.

Europa investiert bereits heute mehr in die Verteidigung als Russland

Der verspätete Versuch, wirtschaftliches Potenzial in militärische Macht umzuwandeln, dürfte aufgrund des günstigen Verhältnisses zwischen den Potenzialen der EU und Russlands erfolgreich sein. Die Wirtschaft der EU (ohne das Vereinigte Königreich) ist zehnmal so groß wie das BIP Russlands (1,8 Billionen Dollar). Putin hat das Land auf eine Kriegswirtschaft umgestellt, was bedeutet, dass er die Rüstungsausgaben von 4 % des BIP auf 6 % erhöhen wird, was im Haushalt 2024 geplanten 112 Milliarden Dollar entspricht. NATO-Generalsekretär Stoltenberg schätzt, dass Europa in diesem Jahr 470 Milliarden Dollar in die Verteidigung investieren wird, da die meisten Länder die Verpflichtung von 2 % des BIP für diese Zwecke erfüllen werden. Derzeit sind die militärischen Fähigkeiten Europas jedoch noch sehr zersplittert und ergeben kein kompaktes System, aber das ist eine Aufgabe für die NATO und nicht für die Europäische Union.

Die Investition in Europas eigene Verteidigungsfähigkeit ist Teil einer umfassenderen Strategie der strategischen Souveränität unseres Kontinents, die als Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Schocks verstanden wird, an denen es seit Beginn des 21. Jahrhunderts nicht fehlt. Sie war zunächst eine Reaktion auf die De-Globalisierung, die durch den Bruch der Lieferketten während der Pandemie erzwungen wurde. Ebenso wichtig war es, die Abhängigkeit von China zu verringern, insbesondere bei der Einfuhr so genannter kritischer Materialien. Und jetzt, mit Putin, rückt die militärische Dimension der strategischen Souveränität in den Vordergrund. Und es ist ein Wettlauf mit der Zeit.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,30815307,putin-budzi-europejskiego-olbrzyna-zbrojeniowy-wyscig-z-czasem.html>

ANDRZEJ MLECZKO



www.mleczko.pl

ES IST ANDERS ALS DU DENKST

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Sikorski räumt den diplomatischen Augias-Stall aus. Wird sich der Präsident mit der Auswechslung von Botschaftern abfinden?



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Im Gegensatz zu den Behauptungen von Präsident Duda sind die von Sikorski angestrebten personellen Veränderungen in den Botschaften nicht „gegen die Interessen Polens“ gerichtet. Im Gegenteil - sie sind notwendig.

Der Streit zwischen dem Außenministerium und der Präsidentenkanzlei über die personelle Besetzung der diplomatischen Vertretungen eskaliert. Präsident Andrzej Duda erklärte am Mittwoch in Ljubljana, dass „die plötzliche und wahllose Entlassung polnischer Botschafter unangemessen und gegen die Interessen Polens wäre“. Der Präsident hat offenbar schon vergessen, wie er im Jahr 2016 Leiter der diplomatischen Vertretungen reihenweise entlassen hat. „Wir hätten schon längst vertrauenswürdige Leute in den Botschaften haben sollen, nicht Vertreter der vorherigen Mannschaft“, schimpfte ein anonymes Politiker aus der PiS-Zentrale in der „Wyborcza“ über Duda und den damaligen Chef des Außenministeriums Witold Waszczykowski.

Waszczykowski schrieb also die Anträge, Duda unterschrieb sie. Tomasz Arabski, der ehemalige Büroleiter von Premierminister Donald Tusk, der von der PiS gehasst wird, war der erste, der von seinem Posten gefeuert wurde, gefolgt von Marek Prawda, der von der PiS verabscheut wird, aus Brüssel, dann Alexander Čečko aus Belgrad, Iwo Byczewski aus Tunis und Jerzy Margański aus Berlin. „Das ist Rache wie in

einem Bantustan!“, donnert Waszczykowski heute. Hat er vergessen, wie er Botschaften von unsicheren Elementen gesäubert hatte? Im Jahr 2016 hatte er versprochen, bis zum Ende der Sommerferien 30 Botschafter zu entlassen. Er hat die Aufgabe erfüllt.

Reinigung mit Anstand

Die Zahl der Botschafter, die von Radosław Sikorski, dem neuen Leiter des Außenministeriums, ersetzt werden sollen, beläuft sich auf 50. Anders als bei der Säuberung vor acht Jahren soll die Operation auf humane Weise durchgeführt werden: Die Entlassenen sollen Zeit bekommen, um ihr Leben in Polen zu organisieren, ihre Kinder sollen ihre Ausbildung im Ausland abschließen, und einige werden einfach bis zum Ende ihrer Amtszeit warten. Die vollständige Liste der Einrichtungen, in denen die Änderungen vorgenommen werden, wurde vom Ministerium noch nicht bekannt gegeben. In den Medien kursieren nur die bekanntesten und offensichtlichsten Namen. Ist dies tatsächlich eine Rache? Eher eine schnelle Lösung. Was die PiS der Diplomatie angetan hat, schreit zum Himmel nach Vergeltung.

Unter Zbigniew Rau – dem ständig abwesenden Minister – gab es in der Führung des Außenministeriums keine einzige Person mit Erfahrung auf einem ausländischen Posten. Für die meisten Botschafter galt eine ähnliche Regel: je weniger diplomatische Erfahrung und Vertrautheit, desto besser. Es kursierte eine Anekdote: Hinter dem Haupteingang des Außenministeriums war eine Falle eingebaut. Wenn ein neuer Mitarbeiter das Gebäude betrat und hineinfiel, wurde er Botschafter. Und so ging es weiter ...

So sah PiS-Patodiplomatie aus

Die Auswirkungen? Ich kenne den Fall einer Botschafterin, die von ihrem diplomatischen Personal verlangte, die Fäkalien ihres Hundes zu beseitigen, wenn dieser im Botschaftsgebäude seinen physiologischen Bedürfnissen nachging. Eine andere Botschafterin trennte sich während der Sitzungen nie von ihrem Rosenkranz, den sie während der Gespräche in der Hand hielt und manchmal damit winkte. Ich weiß von einem Fall, in dem ein Botschafter die Geheimdienstmitarbeiter des Landes, in dem er wohnte, in die Botschaft gelassen hatte. Der Diplomat verlor sein Telefon, die [fremden] Geheimdienste halfen bei der Suche. Eine andere Botschafterin schikanierte ihre Mitarbeiter so effektiv, dass ihre wichtigsten Kollegen einer nach dem anderen kündigten.

Das Mobbing in dieser Botschaft war sowohl im Außenministerium als auch im Präsidentenpalast bekannt. Niemand hat reagiert. Es ist bekannt, dass nicht jeder Botschafter werden konnte. Warum sollte man sich dem mächtigen Förderer aussetzen? Inoffiziellen Informationen zufolge wurden weit über 300 Beschwerden über Mobbing und unerwünschtes Verhalten von Vorgesetzten von der alten Mannschaft des Außenministeriums geerbt. Warum wurden diese nicht laufend untersucht?

Ich kenne den Fall eines Botschafters, der in seinem Mobiltelefon ein WiFi-Netzwerk mit dem Namen „Fuck Tusk“ einrichtete und damit durch die Flure des Außenministeriums spazierte. Und auch einen Botschafter, der offen gesagt hat, dass er sich nicht mit Vertretern des diplomatischen Korps trifft, weil sie alle dumm sind und ein Gespräch mit ihnen Zeitverschwendung ist. Ich kenne auch den Fall eines Botschafters in einem Entwicklungsland, der dieses Land nur aus seiner Kindheit kannte, als er dort mit seinen Eltern lebte, die dort einen Auftragsjob hatten. Ein anderer Fall: Ein Botschafter trat einen Posten in einem fernen Land an, ohne etwas über dieses Land zu wissen. Und es interessierte ihn nicht im Geringsten. Ein anderer hat Wissen und Erfahrung, aber er tut nichts. Weil er Angst hat. Er gehört zu einer Fraktion der PiS, aber eine rivalisierende Fraktion hat einen eigenen Mann auf einen Posten gesetzt, um ihn zu denunzieren. Es ist besser, nichts zu tun, als es zu vermasseln. Ist dies nicht ein Bantustan, Herr Waszczykowski?

Kompetent und gebildet? Raus!

Warum hat die PiS keine Fachleute zu den Außenposten geschickt? Weil sie Angst vor ihnen hatte, weil sie ihnen nicht traute, weil polyglotte Anzugträger von der Partei generell verachtet werden. Diplomaten aus der Zeit von Geremek wurden einer Hetzjagd unterworfen. Sie wurden entweder aus dem Dienst entfernt oder sie gingen freiwillig. Das Ergebnis dieser Politik war, dass Diplomaten mit hohem Dienstalter und beträchtlicher Erfahrung, sofern sie die Säuberungen überlebten, in untergeordneten Positionen im

Außenministerium arbeiteten, z. B. im Archiv. Auf Missionen wurden Leute aus der Parteiliste geschickt, die offizielle Gäste ohne Jackett und Krawatte und im karierten Hemd empfangen.

Das diplomatische Korps, vor allem das europäische, ist empfindlich gegenüber politischen Funktionären, d. h. Botschaftern ohne Wissen und Erfahrung, mit denen nichts Konkretes und Dringendes vereinbart werden kann. In einer polnischen Botschaft in einem wichtigen EU-Land gab es einen Raum, in dem vertrauliche Gespräche in einem engen Kreis geführt wurden. Heute ist es ein Abstellraum. Niemand führt vertrauliche Gespräche mit dem Botschafter. Es gibt keinen Grund dafür.

Die PiS hat einer großen Gruppe von Personen, die nichts mit der Diplomatie, aber mit der Partei zu tun haben, ein sehr komfortables Leben ermöglicht. Jeder Leiter einer Vertretung hat eine große Wohnung, ein Auto mit Fahrer, Diener und Angestellte. Botschaften verwandelten sich in Villen, aber ein Nutzen für den Staat war nicht vorhanden. Die Zentrale der PiS schien das nicht zu stören. Die Außenpolitik war schließlich auf allen Gebieten im Niedergang.

Auch Polens Verbündete haben die Nase voll von den Dilettanten aus der PiS-Rekrutierung

Nach dem Machtwechsel in Polen gab es erste zaghafte Anfragen aus verbündeten Ländern zu den geplanten Veränderungen in den Vertretungen. Denn mit vielen PiS-Botschaftern war es schwierig, sich zu verständigen. Seit Dezember letzten Jahres finden viele bilaterale Kontakte direkt zwischen den Ministerien statt, unter Umgehung der polnischen Botschaft. Im Gegensatz dazu bittet Premierminister Donald Tusk bei Auslandsbesuchen die Botschafter, die von der PiS gesendet wurden, nicht an seinen Gesprächen teilzunehmen und hinter der Tür zu bleiben. Seine Entourage traut den von der PiS zugelassenen Diplomaten einfach nicht.

Im Gegensatz zu den Behauptungen von Präsident Duda sind die von Sikorski angestrebten Änderungen nicht „gegen die Interessen Polens“ gerichtet. Im Gegenteil, sie sind notwendig, um die Diplomatie wieder auf Touren zu bringen. Ein Botschafter, der keine Beziehungen zum lokalen Korps pflegt, nützt überhaupt nichts, ebenso wenig wie eine Botschaft, in der sich die Kandidaten der streitenden PiS-Fraktionen gegenseitig blockieren. Die Notwendigkeit, Mobbing zu beseitigen, versteht sich wohl von selbst.

Werden sich Duda und Sikorski einigen?

Was wird mit den Botschaftern geschehen? Im Prinzip sollte es den Streit zwischen dem Außenministerium und dem Präsidialamt nicht geben. Bereits im Dezember letzten Jahres traf sich Präsident Duda mit Minister Sikorski. Damals schien es, als hätten sich die Politiker geeinigt. Sikorski erhielt von Duda grünes Licht, um diplomatische Posten neu zu besetzen, ausgenommen seine engen Mitarbeiter: die ehemaligen Kabinettschefs Krzysztof Szczerski (Vertreter bei der UNO) und Adam Kwiatkowski (Botschafter beim Heiligen Stuhl), den ehemaligen Leiter der Nationalen Sicherheitsbehörde Paweł Soloch (Botschafter in Bukarest) und den ehemaligen Leiter des Amtes für internationale Angelegenheiten Jakub Kumoch (Botschafter in China). Nach einigen Wochen zog sich der Präsident aus dem Kompromiss zurück, obwohl Sikorski beabsichtigte, die erfahrenen Berufsdiplomaten, die die letzten acht Jahre im Ruhestand verbracht hatten, auf ihre Posten zu setzen. Die einzige Ausnahme sollte Bogdan Klich, der KO-Senator und ehemalige Leiter des Verteidigungsministeriums, sein, der nach Washington gehen sollte.

Soweit bekannt ist, wird Präsident Duda von seinem Kabinettschef Marcin Mastalerek ständig in einen Krieg mit Minister Sikorski gedrängt. Es gibt jedoch auch Stimmen in der Präsidentschaftskanzlei, die sich gegen diesen Krieg aussprechen und davor warnen, dass der Präsident diesen Konflikt nicht gewinnen wird, weil die nominierten Vertreter der PiS ohnehin aus ihren Ämtern entlassen werden, auch wenn sie formal Botschafter bleiben.

Es liegt im Interesse Polens, dass der Präsident und der Minister so schnell wie möglich zu einer Einigung kommen.

Zsfg.: JP

Senat fordert einstimmig die Freilassung von Andrzej Poczobut



Quelle: wyborcza.pl

Von Bartosz T. Wieliński

„Der Senat drückt seine höchste Anerkennung aus für den unbeugsamen Kampf von Andrzej Poczobut für das Recht auf Polentum und Freiheit in Belarus“, heißt es in der vom Senat verabschiedeten Resolution, in der die Freilassung des belarussischen Korrespondenten der „Gazeta Wyborcza“ gefordert wird.

Am 25. März werden es drei Jahre sein, dass Andrzej Poczobut vom belarussischen KGB verhaftet wurde. Er war an mehreren Orten inhaftiert, unter anderem im schweren Gefängnis von Zhodzino bei Minsk.

Andrzej Poczobut in einem Hochsicherheits-Gulag

Vor einem Jahr wurde er in einem Schauprozess zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, weil er angeblich nationale Fehden geschürt und den Nationalsozialismus verherrlicht haben soll.

Im Sommer wurde Poczobut in den Hochsicherheitsgulag in Nowopolotsk gebracht, wo er wiederholt bestraft wurde, keinen Kontakt zu seiner Familie und seinem Arzt hatte und keine Medikamente erhielt.

Die sofortige Freilassung von Andrzej Poczobut wird gefordert

„Die Bedingungen, unter denen die Strafe verbüßt wird, haben den Charakter von Folter, was dazu führen könnte, dass Andrzej Poczobut hingerichtet wird, ohne zum Tode verurteilt worden zu sein“, heißt es in der Resolution des Senats.

„Der Senat der Republik Polen verurteilt auf das Schärfste diesen schändlichen Akt der Verletzung der Menschenrechte und der elementaren Rechte der nationalen Minderheiten und fordert die sofortige Freilassung von Andrzej Poczobut durch die belarussischen Behörden. Der Senat bringt seine höchste Wertschätzung für Andrzej Poczobuts unermüdlichen Kampf für das Recht auf Polentum und Freiheit in Belarus zum Ausdruck. Wir bekunden unsere volle Solidarität mit seiner Familie und all jenen, die für seine Freilassung kämpfen“, so die Senatoren. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,30815382,senat-jednoglosnie-wzywa-do-uwolnienia-andrzeja-poczobuta.html>

Tusk will die Verordnung zur Renaturierung blockieren. Für ökologisch empfindsame Menschen wird das einen bitteren Beigeschmack haben



Quelle: wyborcza.pl

Wenn die Regierung im Europäischen Rat gegen die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur stimmt oder sich der Stimme enthält, wird dies das Ende der Geschichte von Polens Rückkehr nach Europa sein. Und das Ende des Mythos von Donald Tusk, dem Führer, der verstanden hat, wie wichtig die Umwelt ist. Beginnen wir mit der Erklärung, worum es bei der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur geht. Schon seit Langem schlagen Wissenschaftler Alarm, dass wir nicht nur eine Klimakatastrophe, sondern eine planetarische Umweltkatastrophe haben. Ein großer Teil dieser Katastrophe ist das, was wir der Natur angetan haben. Dabei geht es nicht nur um das Aussterben von Arten, sondern auch um die Unterbrechung natürlicher Prozesse, die uns helfen könnten, die Auswirkungen der Klimakatastrophe zu bekämpfen. Das erste Beispiel sind Torfmoore, die die effizientesten Ökosysteme sind, wenn es darum geht, Kohlenstoff aus der Atmosphäre aufzunehmen und zu speichern. Ja, so funktionieren sie, aber unter der Voraussetzung, dass sie nicht zu stark ausgetrocknet werden. Das Unzerstörte zu schützen und das Geschädigte „wiederherzustellen“ sollte die logische Konsequenz sein, ist es aber offensichtlich nicht. Die Verordnung sieht auch die schrittweise Verbesserung von mindestens 30 % der natürlichen Lebensräume (z.B. Wälder, Flüsse, Feuchtgebiete) bis 2030, mindestens 60 % bis 2040 und 90 % bis 2050 vor.

Bestäubung für 15 Milliarden Euro

Es ist allgemein bekannt, dass unsere Wirtschaft von natürlichen Prozessen und von vielen, oft unscheinbaren Arten abhängt. Das beste Beispiel sind die Bestäuber. Die meisten Kulturpflanzen sind auf

die Bestäubung durch Insekten wie Bienen angewiesen. Und das sind nicht nur die Honigbienen, sondern sehr viele Wildbienenarten sowie Hummeln, Schmetterlinge, Fliegen und Käfer. Ihr Beitrag zur europäischen Landwirtschaft wird auf 5 bis 15 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

Inzwischen gilt der Status von fast 50 % der europäischen Wildbienen als unbekannt, was nichts Gutes verheißt. Eine deutsche Studie aus dem Jahr 2017 zeigt, dass die Masse der terrestrischen Fluginsekten in den letzten drei Jahrzehnten um zwei Drittel zurückgegangen ist.

Tusk: Es wird uns wahrscheinlich gelingen, das Projekt ganz zu blockieren

Drittens können uns wildlebende Tiere bei der Anpassung an den Klimawandel helfen. Es ist bekannt, dass es dort, wo es alte Bäume gibt, leichter ist, die Hitze zu überstehen, und es spielt keine Rolle, ob es sich um einen Wald oder einen Stadtpark handelt. Die Verordnung sieht vor, eine solche grüne Infrastruktur in den Städten zu fördern und die Parameter in den Wäldern zu verbessern, um sie natürlicher zu gestalten, indem beispielsweise vorgeschrieben wird, dass mehr abgestorbene Bäume liegen gelassen werden. Die Katastrophenwalze kann nicht aufgehalten werden, aber sie kann verlangsamt werden, und es kann versucht werden, sich an die kommenden Bedingungen anzupassen. Das ist das Ziel der Verordnung, die seit mehreren Jahren in Arbeit ist. Tatsächlich ist sie an vielen Stellen bereits stark gelockert worden, an anderen Stellen hat sie ganz ihre Zähne verloren - zum Beispiel wurden die Beschränkungen für Pestizide fallen gelassen.

Die Verordnung hat das Europäische Parlament durchlaufen und steht nun vor der Schlussabstimmung im Europäischen Rat, wo die Regierungen ein Mitspracherecht haben. Fünf Länder, die 65 % der EU-Bevölkerung repräsentieren, sind erforderlich, um die Verordnung zu verabschieden. Vier Länder, die mindestens 35 % der Bevölkerung vertreten, sind erforderlich, um die Verordnung zu blockieren. Für die Ablehnung der Verordnung sind Orbán-Ungarn, die rechtsextreme italienische Regierung Meloni und die rechtsgerichteten Regierungen Schwedens und Finnlands (es geht um die industrielle und großflächige Nutzung der Wälder in diesen Ländern). Leider hat das polnische Ministerium für Klima und Umwelt in seiner offiziellen Stellungnahme zwar die Unterstützung der Verordnung durch die Regierung empfohlen, doch offiziellen Informationen zufolge war Donald Tusk persönlich dagegen.

„Wahrscheinlich werden wir dieses Projekt ganz blockieren können. Wir werden auf einer völlig freiwilligen Basis arbeiten. Das ist aus wasserwirtschaftlichen und ökologischen Gründen notwendig. Langfristig ist es auch im Interesse der Landwirte selbst, aber wir werden es ohne europäischen Zwang tun. Nur dort, wo Einigkeit, Bereitschaft und Geld dafür vorhanden sind“, sagte Premierminister Tusk.

Mit dem Klima kann man nicht verhandeln

Damit sind zwei Dinge bekannt. Der Premierminister will das Projekt blockieren, und er kennt dieses Projekt nicht. Er handelt zwanghaft, nach dem Prinzip, alles zu blockieren, was die protestierenden Bauern schlecht finden. Denn im Falle Polens geht es nicht darum, privates Land mit Wasser zu überfluten.

In einem aktuellen Positionspapier des Staatlichen Rates für Naturschutz, einer dem Ministerium für Klima und Umwelt unterstellten Fachbehörde, ist zu lesen, dass: „Die Bestimmungen des NRL über die Wiederherstellung landwirtschaftlich genutzter Moore wurden als Ergebnis von Verhandlungen mit der Gemeinschaft der landwirtschaftlichen Erzeuger erheblich gelockert. Die gesetzten Ziele sind in Polen relativ leicht zu erreichen, ohne die Interessen der Landwirte zu beeinträchtigen. Gemäß den Mindestanforderungen des NRL wird die Verpflichtung zur vollständigen Hydratation (durchschnittliche Wasserstände von mehreren Zentimetern unter der Bodenoberfläche) bis 2030 etwa 68.000 Hektar, bis 2040 120.000 Hektar und bis 2050 150.000 Hektar betreffen. Diese Ziele können von Polen auf Flächen des Staatsschatzes, einschließlich in Nationalparks, umgesetzt werden. Allein im Biebrza-Nationalpark, einschließlich der äußeren Schutzzone, gibt es rund 40.000 Hektar entwässerte Torfgebiete, die für die landwirtschaftliche Nutzung bewässert werden müssen, und das Nationale Zentrum für landwirtschaftliche Unterstützung verwaltet rund 100.000 Hektar solcher Flächen.“

Wenn Polen eine europäische Verordnung zur Wiederherstellung der Natur für ökologisch sensible Wähler nicht unterstützt, könnte dies ein klares Zeichen sein, dass es an der Zeit ist, sich von der von Donald Tusk geführten Bürgerkoalition zu trennen, da sie sich in Naturfragen genauso verhält wie die PiS.

Es hilft nicht, zu sagen: „Nicht jetzt, denn in der Ukraine herrscht Krieg“. Das ist vielleicht das schwachsinnigste Argument aus dem Munde von Politikern. Wenn es, wie sie zu Recht wissen, keinen Spielraum für Verhandlungen mit Putin gibt, dann gibt es noch weniger Spielraum für Verhandlungen mit unpersönlichen physikalischen und biologischen Prozessen. Diese Prozesse werden sich fortsetzen und verstärken, unabhängig davon, was in der Ukraine geschieht oder wer im Weißen Haus sitzt. Sie werden nicht darauf warten, dass wir die Populisten bekämpfen, indem wir auf populistische Forderungen eingehen. Das ist im Übrigen ein politischer Weg, der die Leere führt. Um Churchill zu paraphrasieren, könnte man sagen, dass wir, wenn wir die Umwelt opfern, um die Populisten von ihrem Ziel abzubringen, am Ende beides haben werden: Populisten an der Macht und eine Umweltkatastrophe.

Warten ist Betrug

Der Öffentlichkeit zu sagen, dass dies warten kann, ist eine Täuschung. Es ist zudem bezeichnend, dass diejenigen, die die Verordnung kritisieren, insbesondere Politiker der Europäischen Volkspartei, ankündigen, dass sie sich in Zukunft mit diesen Problemen befassen werden, obwohl sie nicht in der Lage sind, einen konstruktiven Vorschlag auf den Tisch zu legen.

In der Zwischenzeit haben wir gerade den wärmsten Februar in der Geschichte der Messungen erlebt, und das war wirklich nicht zu übersehen. Die Ozeane sind heißer als je zuvor, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Sommer mit einer ganzen Reihe von Extremen gespickt sein, von Dürre über Überschwemmungen bis hin zu Stürmen. Die Landwirte werden es als erste zu spüren bekommen.

Die Bürgerkoalition hat offensichtlich Schwierigkeiten, ihre Umweltversprechen zu erfüllen. Die Wälder werden nach wie vor abgeholzt, und der von Donald Tusk ernannte Generaldirektor der Staatswälder ist vorerst recht erfolgreich damit beschäftigt, den Ausschluss weiterer Gebiete von der Abholzung zu bremsen. Der Mangel an Unterstützung für die Verordnung wird sich bis zum bitteren Ende hinziehen. Denn wenn man sich die 100 konkreten Wahlversprechungen in hundert Tagen anschaut, über die Donald Tusk demnächst Rechenschaft ablegen wird, dann steht dort ausgerechnet viel von einer Verordnung über die Wiederherstellung der natürlichen Ressourcen.

So heißt es beispielsweise bei Versprechung 56: „Wir werden ein Programm zur Wiederherstellung von Mooren und Feuchtgebieten auflegen, das den Interessen der polnischen Landwirte am Schutz der Umwelt in vollem Umfang Rechnung trägt. Es wird geschätzt, dass die vom Menschen entwässerten Moore in Polen mehr Treibhausgase ausstoßen als das Kraftwerk in Bełchatów.“

Dies lässt sich nicht miteinander vereinbaren und den Wählern nicht leicht erklären. Es wird nicht möglich sein, sich hinter dem Veto des Präsidenten zu verstecken. Mit dem polnischen „Nein“ wird die Geschichte von Tusk als einem modernen Politiker, der schon deshalb anders ist, weil er in Brüssel etwas gelernt hat, in Vergessenheit geraten. Was bleiben wird, ist ein Tusk, der das strategische Interesse der Öffentlichkeit, nicht nur der polnischen, sondern der europäischen, geopfert hat, weil er sich von populistischen Parolen einschüchtern ließ. Es ist in Donald Tusks eigenem Interesse, dass dies nicht geschieht.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,177851,30818151,tusk-chce-zablokowac-rozporzadzenie-o-odbudowie-zasobow-przyrody.html>

Michalik: Warum stimmen wir im Sejm nicht über die sexuelle Freiheit der Männer ab? Die Antwort ist einfach



Quelle: natemat.pl

Von **Eliza Michalik**

Ich glaube nicht, dass wir im Jahr 2024, also unmittelbar nach der Entfernung einer diktatorischen Partei von der Macht, erneut über das Recht der Frau auf einen legalen Schwangerschaftsabbruch aus sozialen Gründen, d. h., wenn die Frau es für richtig hält, diskutieren müssen. Ich kann nicht glauben, dass wir immer noch denselben besserwisserischen, ultrakonservativen, fanatischen Männern zuhören müssen.

Andrzej Duda, der das Gesetz zur Legalisierung von Abtreibung nicht unterschreiben wird, denn was würde passieren, wenn so ein ‚Mädchen‘ fünf Pillen auf einmal nimmt? Hołownia und Kosiniak-Kamysz, die sich hinter ihrer Religion und Weltanschauung verstecken, und eine ganze Herde anderer Herren, die - auch wenn sie es nicht so ausdrücken würden - Frauen nicht für klug, reif und verantwortungsbewusst genug halten, um selbst zu entscheiden. Oder - besser gesagt - nicht bereit sind, die Macht über den Körper der Frau aus der Hand zu geben. Weil es schön ist, sie zu haben, nicht wahr?

Die Vorstellung, Gott zu spielen und willkürlich über das Leben von Frauen zu entscheiden, ist angenehm, vor allem, wenn man selbst nicht unter den Folgen dieser Entscheidungen leidet. Zumal, wenn es Männer wären, die schwanger werden, wäre Abtreibung tatsächlich ein Sakrament und Antibabypillen wären an jedem Kiosk an der Ecke in allen Geschmacksrichtungen und Farben erhältlich.

Warum diskutieren wir nur über die Rechte der Frauen?

Das Recht des Mannes, über seinen Körper zu entscheiden, steht nicht zur Debatte, obwohl es viele medizinische Behandlungen und Medikamente gibt, die die männliche Fruchtbarkeit beeinträchtigen. Trotzdem hat das Parlament nie ein Gesetz vorgelegt, das ihnen Operationen in Fällen verbietet, die die Fruchtbarkeit beeinträchtigen können, insbesondere bei jungen Männern im gebärfähigen Alter. Oh nein, Männer sind einfach nicht betroffen.

Deshalb stelle ich die Frage: Warum werden die reproduktiven Rechte und die sexuelle Freiheit der Männer nicht öffentlich diskutiert und im Parlament abgestimmt? Warum geht es bei diesen albernen, nervigen und unwissenschaftlichen Diskussionen immer nur um Frauen?

Wir sind daran gewöhnt, dass wir Frauen kontrollieren können, nicht aber Männer. Wir halten dies für so selbstverständlich, dass es oft ein Schock ist, wenn wir die Rollen umkehren und die einfache Frage stellen, was passieren würde, wenn wir Männer den Einschränkungen unterwerfen würden, denen wir Frauen unterwerfen.

In der Zwischenzeit ist die Diskussion über die legale Abtreibung (ich erinnere daran, dass das polnische Gesetz eines der restriktivsten in Europa ist) eine Diskussion über die Menschenrechte für Frauen, aber auch über das Ausmaß der möglichen Macht eines Menschen über einen anderen Menschen.

Bei der Abtreibungsdebatte geht es um Macht

Bei der Abtreibung geht es, entgegen dem manipulativen und emotionalen Geschrei der Fundamentalisten, nicht um ein Recht auf Leben, sondern um Macht. Und die wollen religiösen Fundamentalisten und rechte Politiker nicht an uns Frauen abgeben.

Extrem verantwortungslose Männer, von denen die meisten in Polen keinen Unterhalt für ihre eigenen Kinder zahlen, und Politiker (ebenfalls Männer), die nicht in der Lage sind, diesen Unterhalt gegen sie durchzusetzen, predigen den Frauen, die besser ausgebildet und klüger sind als sie, die den größten Teil der Kosten und Unannehmlichkeiten einer Schwangerschaft (nicht nur materiell, sondern auch lebenslang) tragen, Moral. Ein Pferd würde lachen, wenn es nicht über das Schicksal der Frauen weinen würde.

Die Mehrheit der Gewalttäter, einschließlich häuslicher Gewalt, sind Männer, und auch die Verursacher der meisten Autounfälle, die dauerhafte und schwere Körperschäden verursachen, sind Männer. Frauen leben länger, weil sie sich häufiger testen lassen, seltener in Abhängigkeiten verfallen, gesünder leben - wie viele Beweise brauchen Sie noch für unsere Verantwortung und Handlungsfähigkeit? Und warum müssen wir sie überhaupt beweisen, wenn ihr das nicht müsst?

Ist dies nicht zufällig ein Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz? Polnische Politiker mit mittelalterlichen Überzeugungen verderben uns das Leben und bringen Schande über uns. Und ich sage euch noch etwas: Sie tun dies, weil die legale Abtreibung den Frauen die Möglichkeit gibt, selbst zu entscheiden. Es gibt Studien, die bestätigen, dass in Ländern, in denen Frauen Zugang zu sicheren und legalen Abtreibungen haben und somit über ihre Fortpflanzung selbst entscheiden können, sie sich eher für eine Karriere entscheiden und diese eher mit einer Mutterschaft verbinden, die eher nach ihren Vorstellungen verläuft. Sie werden auch in Bezug auf ihre Sexualität proaktiv und frei - genau wie Männer. Für starke Männer ist das wunderbar, für schwache, selbstgefällige und törichte Männer ist es beängstigend.

Zsfg.: AV

<https://natemat.pl/546875,michalik-dlaczego-nie-glosujemy-w-sejmie-ws-wolnosci-seksualnej-mezczyzn>

Gut geborene und schlecht geborene Polen. Präsident Andrzej Duda unterstützt diese Segregation



Quelle: wyborcza.pl

Von **Michał Rusinek**

Präsident Andrzej Duda: „Wenn jemand in der Familie eine Geschichte von Folterknechten hat (...), dann soll er ruhig arbeiten, aber er soll sich nicht auf das Plakat drängen, denn auf diesem Plakat ist kein Platz für ihn im freien Polen“.

Die Rede von Präsident Andrzej Duda in Mława vor zwei Wochen ist uns vielleicht entgangen. Das sollte sie aber nicht, denn sie war von einer interessanten und informativen Dramatik geprägt und enthielt interessante Bemerkungen zur Genetik.

Darin verwendet der Präsident mit wahrhaft präsidialem Flair Verben in der ersten Person Plural - ‚wir brauchen‘, ‚wir sehen‘, ‚wir laden ein‘, ‚wir schaffen‘ und ‚wir wollen‘. - Und da wir ihn kaum verdächtigen können, die Form *pluralis maiestatis* ernsthaft zu verwenden (geschweige denn *pluralis modestiae*), sollte die Form vielmehr dazu dienen, dass wir alle dasselbe brauchen, sehen, einladen und wollen, was der Präsident will. Wir wissen vielleicht nicht, dass wir es wollen, aber wenn der Führer unserer Gemeinschaft sagt, dass wir es wollen, dann wollen wir es. Oder auf jeden Fall - wir sollen es wollen.

Es lohnt sich, zu fragen, was wir wollen. Nun, „dass Polen ehrlich vertreten und ehrlich regiert wird“. Einverstanden! Doch hier weicht der *Pluralis* plötzlich dem *Singularis*: „Ich weiß“. - sagt der Präsident, wie es ein Präsident wissen sollte - „wir haben eine schwierige Geschichte, die Familien sind unterschiedlich, einige Leute haben manchmal verschiedene Fehler gemacht - manchmal aus Überzeugung, manchmal aus

Angst, manchmal aus Opportunismus, manchmal aus Konformismus - sie haben sich mit den Kommunisten zusammengetan, mit diesen sowjetischen Handlangern, die mit der Roten Armee hierherkamen und sich unser Land angeeignet haben“. „Wir“, das heißt eine nationale Gemeinschaft mit einer schwierigen Geschichte, wird vom Präsidenten in einem Zug, nach einem Komma, auf die Summe von Familien reduziert, deren „einige“ Mitglieder „manchmal“ Fehler gemacht haben. Es gibt keine Staatsbürger: Es gibt die Nation und unter ihr sofort die Familie.

Es wurde ungeheuerlich. Wir dachten schon, der Präsident würde stigmatisieren, tadeln, ausgrenzen und verfluchen. Aber er lächelte wohlwollend, denn er ist schließlich ein Herrscher mit dem Herzen einer Taube, und sagte: „Aber eines werde ich sagen“. Obwohl er mehr als eine Sache sagte, war das erste, was er sagte: „Ich habe nichts dagegen, dass sie den Wohlstand unserer Heimat mitgestalten, dass wir alle hier zusammenleben und dass wir alle gemeinsam für Polen arbeiten“. Warum hat er zuvor einen so bedrohlichen Ton angeschlagen? Weil er wusste, dass Gnade vor einem bedrohlichen Hintergrund besser zur Geltung kommt. Diese Gnade stand im Kontext der Politik des „dicken Schlussstriches“ von Tadeusz Mazowiecki und des „gemeinsamen Hauses“ von Ernest Bryll, das ungeachtet der Vergangenheit gemeinsam gepflegt werden muss. Ein ziemlich überraschender Kontext für einen Politiker, der aus einer Partei kommt, die eifrig nach Abrechnung ruft. Ich glaube, selbst der Präsident war von diesem Kontext überrascht, denn er fügte sofort ein zweites „aber“ hinzu, und die Logik seiner Argumentation kehrte in die politisch korrekte Bahn zurück: „Aber ich bin nicht dafür, dass sie Polen vertreten. Ich bin nicht dafür, dass sie polnische Interessen vertreten“. Das Anti-Abrechnungs-Motiv war also nur ein momentanes Stilmittel, ein Gimmick, um die Sache interessanter zu machen und damit Aufmerksamkeit zu erregen, ohne jede semantische Funktion.

„Wenn man eine Geschichte von Folterern in der Familie hat“, begann der Präsident seinen nächsten Satz, und wir sollten beachten, dass er sanft begann, denn es ist eine Sache zu sagen „Folterer in der Familie zu haben“ und eine andere zu sagen „eine Geschichte von Folterern in der Familie zu haben“. Eigentlich ist nicht ganz klar, was damit gemeint ist, aber sicherlich ist „Folterer“ etwas Konkretes und „Geschichte der Folterer“ - eine Abstraktion. Der Präsident drängt uns nicht, unsere konkreten Vorfahren, die unwürdige Taten begangen haben, zu benennen, um unsere Familientraumata nicht zu sehr zu wecken, also verpackt er sie euphemistisch in „Geschichte“. Aber um die Stimmung des Entsetzens wieder zu steigern, sagt er, welche Vorfahren er meint: „die patriotischen Polen verfolgten, die sich an Menschenjagd gegen Polen beteiligten, die sich an Stalinistischen Morden beteiligten, die uns hier ein kommunistisches Regime unter der Schirmherrschaft der Sowjets aufbauen wollten“. Sobald wir sicher sind, dass wir für die Sünden unserer Vorfahren bestenfalls aus der Gemeinschaft verbannt werden, zeigt sich unser Herrscher wieder gnädig und sagt: „Dann lasst ihn doch in Ruhe arbeiten“. Erleichterung. Nur für einen Moment, denn hier haben wir ein drittes „aber“ und eine dritte Wendung: „Aber er soll sich nicht auf das Plakat drängen, denn im freien Polen gibt es keinen Platz für ihn auf diesem Plakat. Das ist meine Meinung“. Das sagt der Präsident.

Der Begriff „auf ein Plakat drängen“ kann zwei Bedeutungen haben. Erstens, die wörtliche Bedeutung. Demnächst stehen Kommunalwahlen an, und Polen wird schon jetzt immer dichter mit Plakaten von Kandidaten für Stadträte überzogen. Darunter, so der Präsident, sollten keine Personen sein, deren Vorfahren mit den Sowjets kollaboriert haben. Zweitens bedeutet „auf dem Plakat stehen“, sichtbar zu sein, die Gemeinschaft mit hochgezogener Augenbraue als Person des öffentlichen Lebens zu vertreten. Und diese Bedeutung scheint im Zusammenhang mit der früheren Erklärung des Präsidenten, er sei nicht dafür, dass solche Personen „polnische Interessen vertreten“, angemessener. Es geht also eher um die Ministerebene, vielleicht sogar höher, und damit um die nächste Wahl. Aber das ist egal. Der Punkt ist, grob gesagt, dass, wenn Sie einen Sünder in Ihrer Familie hatten – dann sollen Sie ruhig bleiben und sich nicht in die Politik drängen.

Wenn jemand naiv fragen möchte, warum das so ist, sollte er sich an das Interview von Jaroslaw Kaczynski aus dem Jahr 2015 erinnern, in dem er sagte: „Es gibt eine fatale Tradition des nationalen Verrats in Polen. Es ist, als ob es in den Genen einiger Leute liegt, dieser schlimmsten Sorte von Polen. Diese schlimmste Sorte ist im Moment extrem aktiv, weil sie sich bedroht fühlt, denn bitte beachten Sie, dass der Krieg, der Kommunismus und später die Transformation, wie sie durchgeführt wurde, genau diese Sorte von Menschen gefördert hat, ihnen große Möglichkeiten gegeben hat.“ Mit dem Begriff „Gen“ deutete Kaczyński

eine besondere Art von Determinismus an: Wenn jemand einen Kommunisten unter seinen Vorfahren hatte, dann enthält sein genetischer Code – auch wenn er die dunkle Geschichte seiner Familie nicht kennt – eine bestimmte Art von Defekt, den weder er selbst noch seine Nachkommen jemals loswerden, wahrscheinlich bis zum jüngsten Gericht. Wir haben also eine Segregation in Gut- und Schlechtgeborene – und diese Segregation wird neun Jahre später vom Präsidenten aufrechterhalten.

In einem Kommentar zu Andrzej Dudas Rede auf Facebook wies Andrzej Saramonowicz auf Parallelen zum aufkommenden Antisemitismus in Deutschland hin: „Das so genannte *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* vom 7. April 1933 enthielt den ersten einer Reihe berühmter Arierparagraphen. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurden Menschen mit auch nur einem jüdischen Großelternanteil von der Ausübung eines Amtes ausgeschlossen. So begann eine Gesetzgebung, zunächst deutschlandweit und dann in den dem Dritten Reich angeschlossenen und besetzten Ländern, die zunächst die Selektion, später die Auslieferung von Millionen von Juden in den Tod ermöglichte.“ Ich möchte eine weitere Assoziation hinzufügen, die zu Beginn seiner Rede angedeutet wurde, als der Präsident nahtlos von der Nation zur Familie überging. Bei den Mitgliedern der Mafia, die ja gerade um Familien herum organisiert ist, gibt es die Angewohnheit, eine kollektive Verantwortung zu übernehmen, die in erster Linie im Sinne der Familie verstanden wird. Die Schande eines Vorfahren kann nur mit dem eigenen Blut getilgt werden.

Natürlich ruft der Präsident nicht zu blutigen Rachefeldzügen auf, sondern schlägt lediglich eine zugegebenermaßen tiefgreifende, weil genetische, aber im Grunde unschuldige Überprüfung der Regierenden vor. Wie viele Generationen rückwärts? Nach welchen Kriterien? Und wer soll das tun? Irrelevant. Schließlich sind wir, die wir uns nicht auf das Plakat drängen, gar nicht betroffen. Zumindest bis auf Weiteres.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,175992,30790840,mamy-wiec-segregacje-na-dobrze-i-zle-urodzonych-polakow-podzial.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: polskieradio.pl

„Sie haben uns eine Rekordverschuldung, allgegenwärtige Korruption, korrupte Medien, eine parteiische Staatsanwaltschaft, Chaos in den Gerichten, tausende von Verwandten und Freunden in Unternehmen, ein Chaos in der Landwirtschaft, eine kompromittierte Diplomatie, einen Veto einlegenden Präsidenten und einen Parteimann in der Nationalbank hinterlassen. Wir werden die Aufräumarbeiten beenden und geben Gas!“

Donald Tusk

Quelle: <https://x.com/donaldtusk/status/1770373439448064258?s=20>

inoradio.de

Verbrecher und Spione

<https://www.inoradio.de/rubriken/in-polen/2024/in-polen-nach-der-wahl-verbrecher-und-spione-16.html>

sueddeutsche.de

Der Protest geht weiter

<https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-bauernproteste-generalstreik-1.6472523>

fr.de

„Aggressor soll zahlen“: Polen will Waffenbeschaffung mit eingefrorenen Russland-Geldern

<https://www.fr.de/politik/kiew-waffen-ukraine-krieg-sanktionen-russland-eingefroren-geld-putin-zr-92900108.html>

youtube.com

Wie vereint ist Polen nach dem Regierungswechsel

<https://www.youtube.com/watch?v=tgxvduRMG5I>

oldenburg.de

Anne Applebaum erhält Carl-von-Ossietzky-Preis

<https://www.oldenburg.de/startseite/kultur/kulturprojekte-und-preise/carl-von-ossietzky-preis/preistraegerin-2024.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik